Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 3

Artikel: Ueber die Spaltung zur revolutionären Einheit. Teil III
Autor: Schneider, Friedrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328657

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ueber die Spaltung zur revolutionären Einheit.

(Eine Bilanz und ein Budget.)

Von Friedrich Schneider.

III.

Zum Ergebnis des Neuenburger Gewerkschaftskongresses schrieb die „Berner Tagwacht" am 19. Oktober 1920: „Mit der Ablehnung der Einheitsorganisation ist diese Frage nur vorläufig aus Abschied und Traktandum gefallen; das Gute, Gesunde, das in ihm wohnt, muß und wird zum Durchbruch kommen, wenn einmal die Zeit reif ist. Dafür wird schon die starke Minderheit, werden aber auch die Kämpfe der Zukunft sorgen, denen das sich mehr und mehr zur kompakten reaktionären Masse zusammenschließende Unternehmertum immer heftigeren, hartnäckigeren und entscheidenderen Charakter zu geben weiß, was wiederum die Arbeiterschaft naturnotwendig zur straffen Vereinheitlichung ihrer Kampfposition zwingt." Es wird dann weiter bemerkt, daß die zum Beschluß erhobenen Anträge des Bundeskomitees grundsätzlich die Notwendigkeit einer Einheitsfront anerkennen. Der Begriff war also geboren, den die Kommunisten wenig später zu einem ihrer gebräuchlichsten Schlagworte machten. Sonst ist von den Prophezeiungen der „Tagwacht" nicht allzu viel in Erfüllung gegangen. Es sollte sich bald erweisen, daß der Sieg der Mehrheit ein viel umfassender war, als sie sich wahrscheinlich in Neuenburg selbst vorstellte. Im besonderen war kein Verlaß mehr auf die starke Minderheit. Der Wurm saß in ihren Reihen, der so lange bohrte, bis sie unfähig zur Verfolgung ihres Standpunktes wurde. In der Frage der Einheitsorganisation wurde über ein taktisches Prinzip entschieden, aus dem später ein Teil der Arbeiterbewegung parteipolitische Schlüsse zog. Es war nicht allein die Einheitsfront, die zur Diskussion stand, sondern die ganze Einstellung zu den Aufgaben des klassenbewußten Proletariats. Soll der Kampf der Arbeiter gruppenweise in den hergebrachten Formen, allein auf dem gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boden geführt werden, oder ist es notwendig und zweckmäßig, die Gewerkschaften als Massenorganisationen in den Dienst der proletarischen Klasse mit ihren Zielen, die über die gegenwärtige Gesellschaftsordnung hinausgehen, zu stellen? Soll die Kraft der organisierten Arbeiterschaft vereinigt gegen die „kompakte reaktionäre Masse" gerichtet werden? Diese Fragen standen in Wirklichkeit zur Diskussion. Ihre Beantwortung im Sinne der überlieferten, für eine frühere Epoche tauglichen Methoden und die Ablehnung der Vereinheitlichung des Kampfes, die zweifellos revolutionären Charakter trägt, mußte die Spannung in der Arbeiter-

bewegung erhöhen. Die Mehrheit war innerlich geschlossener als die Minderheit. In den 92 Stimmen, die letztere aufbrachte, waren verschiedene Strömungen festzustellen, die sich in der Opposition gegen die offizielle Gewerkschaftspolitik fanden. Es war zwar nicht wahr, was die „Basler Nachrichten" damals schrieben: „Aber es führen viele Wege nach Moskau. Nichts anderes als einen kleinen Umweg stellte die von Regierungsrat Schneider ausgeklügelte Einheitsorganisation dar." Mit Moskau hatten diese Bestrebungen nichts zu tun. Sie waren vorhanden, längst bevor es ein Moskau im heutigen Sinne gab. Scharfe Gegner der moskauischen Politik halten die Vereinheitlichung des proletarischen Kampfes als eine Voraussetzung des Sieges. Die Geschehnisse im einzelnen und in ihrer Gesamtheit, deren Zeugen wir seit Neuenburg waren, haben die Richtigkeit der damaligen Auffassung der Minderheit erwiesen. Es handelte sich also nicht um einen Umweg nach Moskau, wohl aber sollten die proletarischen Massenorganisationen über ihre eng begrenzte, auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung eingestellte Betätigung zu Organen der Arbeiterklasse gemacht werden. Entsprechend der klassenmäßigen Führung des Kampfes durch die Bourgeoisie sollten sich die klassenbewußten Arbeiter organisatorisch und geistig einstellen. „Prominente" Kommunisten, wie Bobst, haben dann später mit ihren wütenden Angriffen auf die Einheitsorganisation den Nachweis geleistet, daß sie vor Moskau nicht Gnade gefunden hatte.

Und dann kam die Parteispaltung. Die Spannung war so groß, daß sie den Rahmen sprengte. Das Kraftgefühl vieler Neubekehrten war so ursprünglich, daß es die Organisation aus den Fugen trieb. Eine der wichtigsten Folgen dieses traurigen Ereignisses in der Arbeiterbewegung ist die Tatsache, daß die Führung in der Bewegung geistig wieder an die Gewerkschaften überging, und zwar an jene Richtung, die in Neuenburg den Sieg davontrug. Ihre Position wurde durch die Vorgänge in der Partei gewaltig verstärkt, sie präsentierte sich als der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Mußte nicht alles richtig sein, was von dieser Seite kam, da doch ein Teil der Neuenburger Minderheit die Partei auseinanderriß? Man verstehe mich nicht falsch. Es handelt sich nicht um eine Geringschätzung der gewerkschaftlichen Betätigung, wenn ich dies alles feststelle. Dazu habe ich am allerwenigsten Anlaß. Die Arbeiterbewegung ist aber als ein Ganzes zu betrachten und muß in diesem Sinne handeln, will sie ihrer Aufgabe gerecht werden. Die organisatorische Trennung in Gewerkschaften und Partei erschwert naturgemäß den gemeinsamen Kampf und läßt eine Vereinheitlichung fast nicht herstellen. Die gewerkschaftliche Betätigung verleitet gar leicht zu einer „reformistischen" Betrachtung der Dinge. Die zu überwindenden Schwierigkeiten im unmittelbaren Kampfe mit dem Unternehmertum läßt die Gefahr einer Ueberschätzung der Hindernisse ebenso schnell entstehen, wie der Nurpolitiker sie oft unterschätzt. Die unzähligen kleinen und kleinlichen Geschichten, die im gewerkschaftlichen Kampfe eine Rolle spielen und wobei sich der Arbeiter nicht immer als Held und mo-

ralische Größe entpuppt, erzeugen den Skeptizismus, der uns in den Gewerkschaften so oft begegnet. Der Blick fürs Ganze wird abgestumpft. Das alles ist gefährlich, wenn man die Arbeiterbewegung nicht als eine Versicherungsgesellschaft gegen einige Nachteile der kapitalistischen Gesellschaft betrachtet, sondern in ihr den Drang einer unterdrückten Klasse zum Licht sieht, zu einer maßgebenden ökonomischen und kulturellen Stellung. Notwendig ist eine „Politisierung" der Gewerkschaften und mehr gewerkschaftliches Denken in der Politik. Was ist darunter zu verstehen? Die Gewerkschaften sollen ihre Kraft nicht im Kleinkram erschöpfen, sondern sich in allen ihren Handlungen als Teile der Gesamtbewegung fühlen und darum nicht nur vom Gesichtspunkte der Sonderinteressen ihrer Mitglieder urteilen. Jede gewerkschaftliche Aktion muß vor ihrer Auslösung in ihrem Verhältnis zur Gesamtbewegung geprüft und ihre Rückwirkungen auf den Kampf der Arbeiterklasse untersucht werden. In der Politik aber muß die nüchterne Abwägung und vor allem der proletarische Sinn ausschlaggebend sein.

Tatsache ist jedenfalls, daß sich die gewerkschaftliche Bewegung durch die Parteispaltung des politischen Einflusses entledigte. Sie machte sich frei von einem als Fessel empfundenen Druck. Die Sozialdemokraten nahmen das mit Resignation hin in der Meinung offenbar, daß dagegen nicht viel zu machen sei, und im Bewußtsein, die eigenen Leute an der Spitze der gewerkschaftlichen Organisationen zu wissen. Die neugegründete kommunistische Partei, die schon bei ihrer Geburt eine große Enttäuschung erlitt, suchte auf zwei Wegen eine Aenderung herbeizuführen. Sie mußte sich an die Gewerkschaften halten, nachdem sich nur ein kleiner Teil von der Partei zu ihr bekannte. Einmal sollten durch die straff organisierten Fraktionen die Gewerkschaften in ihr Schlepptau genommen werden. Zum anderen wurde im Frühjahr 1921 die Parole zur Bildung der proletarischen Einheitsfront herausgegeben. Aus Gründen der Selbsterhaltung mußten sich die Gewerkschaften gegen die Fraktionen aussprechen. Sie können keine Organisation innerhalb der Organisationen dulden, die auf eine Ausschaltung des Mehrheitswillens hinausläuft oder gar zur Spaltung führt. Auch in den Gewerkschaften hat es immer Richtungen gegeben. Wenn diese versuchen, Einfluß zu erlangen, so ist das vollkommen in der Ordnung, wenn es im Rahmen der Organisation und zum Nutzen der Verbände geschieht. Die Spaltung der Partei und ihre Folgen flößten einen heilsamen Schrecken ein. Uebrigens haben die Kommunisten kein Recht, über das Verbot der Bildung von ständigen und organisierten Fraktionen zu zetern, denn ihre internationale Organisation untersagt jede Richtungstätigkeit in ihr oder in den angeschlossenen Sektionen. Wenn die Kommunisten in den letzten Jahren so großen Wert auf das Bekenntnis zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung legen, so buche ich das mit Vergnügen als eine Folge der gemachten Erfahrungen. Das war nicht immer so. Bedenkliche Schwankungen sind zu verzeichnen. Es sei nur an die Beschlüsse über

Beitragssperren und dergleichen Dinge erinnert, die auf oppositionellen Konferenzen zustande kamen.

Es muß allerdings mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die in der Spaltung entfesselten Parteileidenschaften zu Entgleisungen hüben und drüben verleiteten. Man war im sozialdemokratischen Lager allzusehr bereit, die Trennung nicht als einen historischen, aus der Entwicklung der Bewegung in den Kriegsjahren zu erklärenden Vorgang, sondern als die Folge der Schlechtigkeit einzelner Personen zu betrachten. Diese Betrachtungsweise mußte zu Handlungen führen, unter denen die Gesamtbewegung lange zu leiden hat. Die Leidenschaft ist meistens kein guter Berater. Darum wandte ich mich entschieden gegen die Ausschlüsse von Kommunisten aus den Gewerkschaften, wie gegen die Bildung organisierter Fraktionen. Es wurde nach der Spaltung alles getan, was die Kluft erweitern mußte. Statt mit klarem Kopfe den Versuch zu unternehmen, alles zu retten, was das weitere Zusammenarbeiten zu ermöglichen in der Lage war, wurde von beiden Seiten sinnlos gewütet. Es sei nur ein Beispiel angeführt: Als ich mich mit aller Energie dafür einsetzte, daß in den Arbeiterunionen Gewerkschaften und beide Parteien vereinigt bleiben sollen und in Basel einen solchen Beschluß herbeiführte, um die Folgen der Spaltung für die Gesamtbewegung auf ein Minimum zu verringern, wurde ich vom Sozialdemokrat Reinhardt wie vom Kommunist Herzog wütend angegriffen. Reinhardt schrieb in der „Tagwacht" vom 8. Januar 1921: „Haben die Kommunisten die Spaltung gewollt, so sollen sie sie nun haben. Auch in den Arbeiterunionen." Mit Ausnahme von Bern und Winterthur hat man meines Wissens dieses Rezept nicht befolgt. Die Arbeiterunionen sind nicht gespalten worden. Kommunisten und Sozialdemokraten arbeiteten zusammen, wenn auch oft die Späne flogen. Wollten die Kommunisten gar zu üppig werden und über die Beschlüsse der Arbeiterunion die sozialdemokratische Partei unter ihre Botmäßigkeit bringen, so wurde ihnen das durch eine Aenderung der Organisationsform, wie in Basel, verleidet. Seither ist ein glattes Zusammenarbeiten möglich. Reinhardt steht jetzt sicher auf einem anderen Standpunkt als damals in der ersten Hitze des Gefechtes. Jakob Herzog griff von der anderen Seite an. Er schrieb unter der Ueberschrift „Der Zentrumsgeist spukt weiter" in der „Neuen Ordnung" ebenfalls am 8. Januar 1921: „Jetzt, da die Agenten der Bourgeoisie aus ihren Schlupfwinkeln in der Arbeiterbewegung herausgeklopft sind und sich den erstaunten Arbeitern als gefährliche reaktionäre Dunkelmänner vorstellen müssen, kommt ausgerechnet ein Schneider mit dem Plan, dieser ganzen Sippschaft den unter den Füßen schon bedenklich wankenden Boden zu stützen. Jeder dahingehende Versuch ist offener Verrat an der Arbeiterklasse." Das ist gewiß deutlich. Herzog hat sowenig wie Reinhardt die Suppe so heiß gegessen, wie sie gekocht war. Die Arbeiterunionen wurden mit den erwähnten Ausnahmen nicht gespalten, und ein Vierteljahr nach seiner Kapuzinerpredigt mußte es Jakob Herzog erleben, daß die Zentrale der Kommunistischen Partei

mit ihrer Parole der Einheitsfront herauskam. Sie forderte die „reaktionären Dunkelmänner" auf, mit ihr zusammen für die Interessen der Arbeiterschaft zu wirken. Gleichzeitig aber wurden entweder die kommunistischen oder die sozialdemokratischen Parteien, je nach den örtlichen Verhältnissen, in die Arbeiterunionen aufgenommen. Mehr als einmal wurde von kommunistischer Seite außerordentlicher Wert auf die Mitarbeit der Sozialdemokratie gelegt. Als in Basel unsere Partei eine Aenderung der Organisationsform der Arbeiterunion forderte, weil sie sich nicht unter die Botmäßigkeit der Kommunisten begeben wollte, wurde jede Konzession gemacht, um die gemeinsame Organisation zu erhalten. Reinhardt und Herzog haben damals harte Urteile über die von Basel ausgehenden Bestrebungen gefällt. Wenn sie gerecht sein wollen, müssen sie ihren Irrtum eingestehen und zugeben, daß unsere Auffassung nicht so unleid war. Schwamm darüber! Man soll nichts nachtragen, wenn die Ueberzeugung besteht, daß jeder das Beste im Interesse des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse wollte.

Auf ähnliche Beweggründe ist die Ablehnung der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsbundes, an der Bildung der Einheitsfront mitzuwirken, zurückzuführen. Darum ließen sie sich auf der Trimbacher Konferenz nicht vertreten. Man konnte sich mit der Tatsache der Spaltung nicht abfinden und wollte mit den Urhebern nicht zusammenkommen. Wenn nach den damaligen Vorgängen eine solche gefühlsmäßige Haltung begriffen werden konnte, so zeigen doch die seitherigen Erfahrungen, daß sie falsch war. Auf der Trimbacher Konferenz waren Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose vertreten. Daß der Gewerkschaftsbund der Einladung nicht Folge leistete, war noch eher zu begreifen. Er stützte sich auf den Entscheid von Neuenburg. Daran war die Partei nicht gebunden. Wenn sie trotzdem nicht erschien, zeugte das von einer starken geistigen Abhängigkeit von den Entschlüssen des Gewerkschaftsbundes. Früher war man in dieser Beziehung nicht so ängstlich und getraute sich ein mannhaft Wort auszusprechen, wenn die Haltung des Gewerkschaftsbundes nicht befriedigte. Der Partei mußte daran liegen, die Richtigkeit ihrer Auffassung vor aller Oeffentlichkeit zu dokumentieren. Das wäre schneller und gründlicher erfolgt, wenn sie von allem Anfang an die Kommunisten auf dem Boden der praktischen Lösung der Tagesprobleme zu schlagen versucht hätte. Seither sind nun zur Durchführung bestimmter Aktionen beide Parteien und der Gewerkschaftsbund zusammengegangen und haben gemeinsame Komitees gebildet. Niemand wird behaupten wollen, daß es zum Schaden der Sozialdemokratie ausgeschlagen hat, aber immerhin ein Zeichen, wie Zeit und Verhältnisse die Haltung beeinflussen. Beide Teile haben lernen müssen. In ihrer Stellung zur praktischen Politik haben die Kommunisten eine eigentliche Mauserung durchgemacht, die ihnen bei der mit ihnen sympathisierenden Arbeiterschaft nichts nützte. Sie förderten damit die Gesundung der Bewegung. Viele legten sich die Frage vor: Warum denn die Spaltung, wenn

auch die Kommunistische Partei sozialdemokratische Politik treiben muß? Konnte die Intransigenz der Kommunisten die Trimbacher Aktion aus dem gleichen Geiste heraus, der die deutsche Märzaktion 1921 gebar, zum Scheitern bringen, so mußten sie sehr bald das Falsche ihrer Haltung erkennen. Der Versuch, die gewerkschaftliche Opposition für ihre engen Parteiziele einzuspannen, mißlang vollständig und wirkte auch auf die Partei zurück. Die Rebellion in den eigenen Reihen wurde damit hervorgerufen und war gefährlicher, als die Zahl der Ausscheidenden merken ließ. Die Umstellung der Kommunistischen Partei, durch praktische Betätigung eine Massenpartei werden zu wollen, nahm ihren Anfang. Sie mußte an diesem Problem scheitern, nicht nur weil ihre Leitung zwischen der blancistischen und marxistischen Auffassung hin und her pendelte, sondern weil die Massen die Spaltung immer weniger begriffen. Ihre Existenzberechtigung hätte die Kommunistische Partei zur Not noch beweisen können, wenn sie praktisch eine andere Politik hätte treiben können. Die wirtschaftliche Krise und in ihrem Gefolge die politische Reaktion, die jedem Arbeiter die Forderung nach der Einheit und Geschlossenheit geradezu aufdrängte, machten den Traum von der Massenpartei vollends zunichte. Die Sozialdemokratische Partei tat den Kommunisten nicht den Gefallen, die Interessen der Arbeiterschaft zu verraten. Sie können nur Bedeutung erlangen, wo die Sozialdemokratie aus irgendwelchen Gründen versagt und offiziell Politik gegen das Proletariat treibt, wie das gegenwärtig in Deutschland der Fall ist. Die Gefahr, im zähen Kampf eroberte Positionen der Arbeiterschaft wieder an das Bürgertum zu verlieren, zwang bei uns die Kommunisten immer mehr, den Kämpfen des Tages Bedeutung beizumessen. Hier konnten sie keine Lorbeeren ernten, weil die stärkere Sozialdemokratie mindestens ebenso aktiv sich betätigte.

Die Befolgung der neuen ökonomischen Politik in Rußland, die Befürwortung des Staatskapitalismus und damit die Aufgabe der Geradlinigkeit, der Einzug des Opportunismus neben der bolschewistischen Doktrin brachte Verwirrung in die kommunistischen Reihen, die sich in einer Lähmung der sonst so rührigen Partei äußerte. Sie ist vorzeitig alt geworden. Als Glied der straff organisierten kommunistischen Internationale, die mehr und mehr zum Werkzeug der nationalen russischen Politik werden mußte, konnte sie sich den neuen Einflüssen nicht entziehen. Daraus ist die Zwiespältigkeit in der Kommunistischen Partei zu erklären, die bis auf den heutigen Tag nicht überwunden werden konnte. In der Agitation behielt sie ihre alten Methoden. Sie wurde zunächst ganz gegen die Sozialdemokratie eingestellt, ohne die Wirkungen auf die Massen vom Standpunkt der Gesamtbewegung aus zu beachten. Die sozialdemokratische Politik wird verlästert. Sind keine einheimischen Beispiele zum Beweis vorzubringen, so gibt es genügend Importware. Nicht der Inhalt, sondern der Name „sozialdemokratisch" wird zum Aus-

gang der kommunistischen agitatorischen Aktiönchen gegen die Sozialdemokratie genommen. „Arbeiterverrat ist die Konsequenz jeder sozialdemokratischen Politik", so wurde erst kürzlich behauptet. Die Massen sind nicht mehr narkotisiert genug, um diesen Unsinn nicht zu erkennen. Sie fangen wieder an, die Politik nach ihrem Inhalt, nicht nach der Verstiegenheit der Phrasen zu beurteilen. Aktionen im Sinne des deutschen Märzputsches sind bei den Kommunisten offiziell verpönt, die Agitation ist aber doch nach seinem geistigen Inhalt orientiert. Das steht im Widerspruch mit den praktischen Leistungen. Die Kommunisten sind gezwungen, sich mit den Tagesforderungen zu befassen, den „Reformismus" und die „Armenpflegerpolitik" zu pflegen. Das Resultat dieses widerspruchsvollen Gehabens besteht in einer Entfremdung der Massen und Lähmung der kommunistischen Vertrauensleute, die das Zwecklose ihres Sonderzügleins einzusehen beginnen. Es wurde zerstört, aber nichts aufgebaut. Daraus hat die erweiterte Exekutive der kommunistischen Internationale für die Schweiz die Folgerungen gezogen, indem sie feststellte, daß die Kommunistische Partei der Schweiz zahlenmäßig schwach ist, „was leider auch auf die falsche Einstellung der Partei, eine „rein kommunistische Partei" zu schaffen, zurückzuführen sei. Die Partei müsse dafür sorgen, daß sie die Sympathie der breiten Masse der Arbeiterbevölkerung gewinne, neue Mitglieder werbe; auch könne sie sich den Luxus nicht gestatten, eine sogenannte „reine Partei" zu bleiben." Das ist praktisch die Aufgabe der 21 Bedingungen, auch wenn aus Prestigegründen formell immer noch daran festgehalten wird.

Aber nicht nur in der Kommunistischen Partei haben sich Wandlungen vollzogen. Auch der sozialistisch orientierte Teil der Bewegung hat allen Grund, seine Stellungen zu prüfen und zu untersuchen, ob er entsprechend der gewaltigen Aufgabe, die in der Gegenwart zur Lösung steht, seine Pflicht in jeder Beziehung erfüllt hat. Darüber im letzten Abschnitt dieser Arbeit.

Die Organisation der jüdischen Arbeiter in Palästina.

Von Dr. David Farbstein, Zürich.

Ich habe die letzten Sommerferien benützt, um eine Reise nach Palästina zu machen. Ich habe speziell die Verhältnisse der dortigen städtischen und landwirtschaftlichen jüdischen Arbeiter studiert. Ich möchte hier das Resultat meiner Studien mitteilen.

Es liegt mir eine Statistik vor — ich bemerke schon hier, daß als Materialien mir durchwegs die des jüdischen Gewerkschaftsbundes dienten — über die Einwanderung nach Palästina seit April 1919 bis April 1923. Dieser Statistik ist zu entnehmen, daß während dieser Periode 31,570 Personen einwanderten, und zwar vom April bis Dezember 1919 2618 Personen, im Jahre 1920 7129, im Jahre 1921